

Graphische Stimmen

Organ des Graphischen Zentralverbandes - Sitz Köln am Rhein

Christlich-nationale Berufsgewerkschaft für Angehörige der graphischen und papierverarbeitenden Industrie

20. Jahrgang

Bezugspreis vierteljährlich 60 Pf., monatlich 20 Pf., ohne Postgebühren

Samstag, den 26. Juli 1924

Erscheint überzehntägig Samstags Einzelnummer kostet 10 Pfennig

Nummer 12

Familienpflege und Familienkultur

Was sie von uns fordern und was sie uns geben

Die Gesellschaft beruht auf drei Grundpfeilern: Familie, Beruf und Siedlung. Zuerst also war die Familie. Nur aus der Familie heraus kann sich ein Staatswesen entwickeln. Ist die Familie krank, so kann der Staat nicht gesund sein.

Das mag manchem ganz selbstverständlich klingen. Allein so selbstverständlich ist diese Wahrheit nicht. Wo sie es war, wurde sie vielfach vergessen. Der mechanische Staat erschien uns als der Inbegriff aller Vollkommenheit, als das Ziel alles Strebens. Daß er sich aus Familien zusammensetzte, in diesen seine Härteste Bindung hatte, auf diesen sich aufbauen mußte, war nirgendwo mehr zu verspüren. Weder im Schulbetrieb noch in der Verwaltung. So sind wir schließlich zu jenseitigen Staatsbürgern geworden, die „Der Deutsche“ — Nr. 163 vom 13. Juli 1924 — wie folgt reden läßt:

„Wer heute ehrlich sich selber fragen kann: Was bin ich, was soll ich hier? — der muß erschrecken. Was bleibt uns an Bewußtsein, an Kraft und Zeit, Mensch zu sein? Ein Mensch, der aus wahrhaft glücklicher und besserer Seele lächeln kann, der Herr ist und nicht Knecht. Alltag, Geschäft, Arbeit, Geld- und Machtungen haben uns. Wir sind alle in Abhängigkeiten gebunden, die uns wie Fesseln bedrücken. Und daraus ergibt sich das Verhältnis der Menschen zueinander von jeher. Wir haben keine Zeit füreinander; einer steht dem anderen im Wege; einer mißgönnt dem anderen das Glück, Geld, Haus und Freunde. Das Leben ist ein „Kampf ums Dasein“ geworden. Damit wird alle Brutalität, alle Tiergerechtigkeit. Wer Macht hat, nutzt sie aus, rücksichtslos. Was ist die andere, die Abhängigen schüchtern und schwächen für sich. Sie sind Objekte, wie Maschinen. Wer soll die Arbeit da noch lieben! Wie soll der Mensch dem Menschen Bruder sein! Nur noch der Kampf führt die Menschen zusammen, der Kampf einer Gruppe, einer Klasse gegen die andere.“

Da stehen wir also in einer Zeit, wo Technik und Wissenschaft fast Wunder vollbringen Mensch gegen Mensch und möchten uns gegenständig den Schädel halten. Das klingt zwar groß. Und doch ist es vielfach so. Leider manchmal auch in der Berufsgewerkschaftsbewegung. Man bezahlt seine Beiträge, man tut noch mit, weil das Modische geworden, im Grunde genommen ist diesen Menschen aber alles Heuba, Vergessensangelegenheit, heißiges Mühen, Gefühlsache, nein, das kennen sie nicht mehr. Vielleicht haben sie es noch nie gekannt.

Wie kommen wir von diesen Zuständen weg und in einem brüderlichen Menschsein hin? Nicht anders als durch und mit der Familie. Hier muß uns der Gemeinschaftsgeist aufgehen. Wir müssen erkennen, daß wir im Grunde genommen doch so arme und schwache Menschen aufeinander angewiesen sind. Wir müssen füreinander sorgen, miteinander das Leid tragen. Wir sollen uns zusammen freuen. Können wir das alles aus innerer Hingabe für den Kreis unserer Familie, aus tiefstem Pflichtgefühl, aus echter Liebe?

Die Notwendigkeit der Familienpflege wird so oft betont. Das bestreiten wir nicht. Was wir aber bestreiten ist die so oft vorherrschende Meinung, mit der bloßen schematischen, vernunftgemäßen Familien- und Jugendpflege das Notwendige zur Erneuerung unseres Familienlebens getan zu haben. Die Wiegegeburt unserer Familie ist überhaupt nicht zu organisieren. Der Sozialistenführer Bebel gab vor rund 20 Jahren ein Buch heraus, das den Titel „Die Frau und der Sozialismus“ führte. Das Erscheinen dieses Buches erregte damals noch einiges Aufsehen. Heute schämen sich ehrliche und tiefblickende Sozialisten dieses Wertes ihres Führers. Was forderte er als Ideal des Zukunftstaates? Freie Liebe der Geschlechter, staatliche

Gebärhanstalten und Kinderhorte, wo die Kinder betreut und erzogen werden sollten, dann Schulen aller Art, wo die Kinder mit rationalem Wissen zu füttern seien, schließlich moderne Gemeinschaftsküchen, wo Vater und Mutter ihre Mahlzeiten einnehmen können. Dann, so meinte Bebel, würden die Menschen doch endlich zufrieden sein können, wenn sie keine Kinder mehr erziehen brauchen, für keine Kinder zu sorgen hätten. Uns scheint, Bebel ist auf dem halben Wege stehen geblieben. Warum sollten wir im Zukunftstaate bei der freien Liebe und der geschäftsmäßigen Kindererziehung überhaupt noch Familiengemeinschaft zwischen Mann und Frau kennen? Wäre es nicht viel praktischer und entspräche es nicht dem Wesen des Nationalismus, man hätte für solcherart Menschen große Kasernen und brächte sie hier kolonnenweise unter? Auf diese Art ließe sich doch viel an Wohnungen, an Hausrat usw. sparen!

Man ersieht schon hieraus das Sinnlose der Bebel'schen Prophetie. Käme es darauf an, sie wahrzumachen, wir würden erleben, daß mindestens 90 Prozent selbst der Sozialisten dies entschieden ablehnten, aus dem natürlichen Gefühl heraus, daß ihnen dann etwas genommen wird, was sie erst ganz Mensch sein läßt. Im Menschen lebt nun einmal der Drang, sich anderen hinzugeben. Nicht aus kalter Berechnung, sondern aus überquellender Liebe. Wo diese Liebe fehlt, da ist etwas im Menschen tot. Ursprünglich lebt sie in jedem.

Wie könnte es auch anders sein? Wie könnten wir Gemeinschaftsmenschen werden, ohne diese Gemeinschaft in der Familie erlebt zu haben? Wenn die Familie gleichgültig ist, wer für sie nicht nach besten Kräften sorgt, wer sie nicht mit ganzer Seele betreut, dem ist der Gemeinschaftsgeist noch nicht ausgegangen. Gemeinschaftsmenschen kommen aus der Familie. Gemeinschaftsmenschen können deshalb auch nur Träger unserer Gewerkschaften sein.

So verstehen wir erst, welche Bedeutung unsere Arbeit in den Organisationen hat. Sie ist die Fortsetzung unserer Fürsorge, unser Liebe über den Kreis der Familie hinaus zu den Berufsgenossen, zu den Standesgenossen hin, letztlich zu den Volksgenossen und zu den Völkern. Wie es um unsere Familien steht, so steht es um unsere Berufsgenossen, unseren Stand und unser Volk. Alles ist miteinander verflochten, untrennbar verknüpft. Keines kann sich vom anderen trennen. Wir tragen jeder Schicksale und sind zusammen nur eine Schicksalsgemeinschaft.

Unsere Gewerkschaftsarbeit dient der Familienkultur. Wir suchen, an die äußeren Dinge heranzukommen. Wir wollen die Verhältnisse ändern. Der Familie soll Licht und Raum geschaffen werden. Um sie zu ernähren, brauchen wir ausreichende Löhne. Wer sich über die Bedeutung der Familie klar geworden ist, wird nun auch unsere Forderungen nach dem Familienlohn ganz anders ansehen. Die Frage des Familienlohnes ist weniger eine solche der spekulativen Berechnung, als vielmehr die, ob das Gemeinschaftsbewußtsein der Arbeiterschaft überhaupt lebendig ist. Schmähtlich haben auf diesem Gebiete die Sozialisten verjagt. Und auch ein Teil der christlichen Arbeiter weiß leider noch nicht, was die Stunde fordert. Hätte man nur allseitig gewollt, wir wären in der Frage des Familienlohnes voran gekommen. So aber stellt man die schönsten theoretischen Erwägungen an, währenddem der arme Familienvater mit sechs und mehr Kindern an der Menschheit und ihrer Liebe verzweifelt.

Wir brauchen Familienheime. Mit bloßen Wohngelegenheiten richten wir unsere Kultur zugrunde. Wir brauchen Heime, wo die Sonne durchflutet, wo wir unserer Familie alles sein können, wo wir uns von

der Alltagslast wieder aufrichten und ganz als Mensch leben.

Unsere Frauen gehören der Familie. Wo sie zur Fabrik aus harter Notwendigkeit gezwungen werden, da liegt ein Mißstand vor, den wir beseitigen müssen. Unsere Töchter sollen sich auf ihren künftigen Hausfrauenberuf vorbereiten können, denn wie sie später diesen Beruf ausüben, ist nicht in letzter Linie entscheidend für das Glück der Familie.

Gewiß haben wir durch unsere Gewerkschaftsarbeit schon manches zur Familienkultur beigetragen. Was es noch zu tun gibt, konnten wir hier nur kurz streifen. Es gibt noch eine Fülle der Aufgaben, die zu lösen sind. Unsere Pflicht ist es, sie in Angriff zu nehmen. Wir wissen, daß wir hier niemals den Himmel auf Erden errichten können. Aber unsere Liebe sollen wir hier sprechen lassen. Die selbstlose Liebe überwindet alles. Und sind wir denn auf Erden, um uns nur zu hassen, zu bekämpfen, zu beneiden?

Nein, nicht zu hassen, sondern zu lieben sind wir da. Darauf sollte das 20. Jahrhundert hören.

Internationale Arbeitertagung

Auf die Wichtigkeit der internationalen Arbeitertagungen für die Arbeitnehmer sämtlicher Kulturländer hatten wir schon bei der Besprechung der Fragen hingewiesen, mit denen sich die nächste internationale Arbeitertagung in Genf beschäftigen sollte. Benutzung der Freizeit der Arbeiter, Behandlung ausländischer Arbeiter bei Betriebsunfällen, 24stündige wöchentliche Betriebsruhe in Glasbläsen mit Wagnersöfen, Nacharbeit in Wägereien — das war die offizielle Tagesordnung. Die Konferenz ist nun beendet. Drei Wochen lang haben 300 Delegierte aus 30 Staaten in Kommissionen und Plenarverhandlungen gearbeitet.

Was ist bei diesen Beratungen herausgekommen? Aus manchen Berichten, die in der Presse erschienen sind, könnte man den Eindruck gewinnen, als ob sich die Konferenz nur mit der Frage der Arbeitszeit befaßt habe, daß sich die Aussprache nur um Deutschland gedreht habe, und daß dieses auf der Konferenz in eine zweifelhafteste Position gedrängt worden sei. Dieser Eindruck ist irrig. Zweifellos war die deutsche Delegation bei der Arbeitertagung zeitweise in einer unangenehmen Lage. Das klaffende Band des sozialen Fortschritts, das Land der Berlepsch, Posadowski, v. Galen, Höhe und wie sie alle heißen, das Land, das auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes, der Sozialversicherung, der Entwicklung des Mitbestimmungsrechts der Arbeiter aller Welt Lehrenmeister war, das Land der stärksten, bestundierten Arbeiterbewegung hatte auf einem wichtigen Gebiete der Sozialpolitik, einen bedeutenden Schritt nach rückwärts getan.

Unseren Freunden ist bekannt, wie von der deutschen Arbeiterschaft die Regelung der Arbeitszeit durch die Regierung im November 1923 aufgenommen wurde. Auf der Konferenz wünschten vor allem die Arbeitervertreter, daß nicht die Deutschland auferlegten Reparationslasten das Signal zu einem allgemeinen Rückschritt in der Arbeitsverlängerung in allen Ländern bedeuten und daß, wenn diese Lasten für Deutschland tatsächlich die Folgewirkung haben, geprüft wird, welche Erleichterungen möglich sind, um diese Wirkung aufzuheben. Vor allem aber galt es, im gegenwärtigen Stadium der Dinge, in dem endlich eine in allen Ländern grundsätzlich bereits angenommene Lösung des die ganze Weltpolitik seit fünf Jahren belastenden Reparationsproblems unmittelbar vor ihrer praktischen Durchführung steht und nicht durch soziale Bedenken in Frage gestellt werden kann, einen Ausweg zu finden, der den Verteilungen einer verkürzten Arbeitszeit in allen Ländern eine Waffe zur Bekämpfung der in gewissen Nachbarländern Deutschlands drohenden Reaktion gibt. Dieser Ausweg wurde in einer Entscheidung gefunden, die folgenden Wortlaut hat:

„In Anbetracht, daß der Bericht der Sachverständigen und die große Bewegung, die in allen Ländern zugunsten der Annahme dieser Vorschläge eingesetzt hat, einen großen Fortschritt in der so-

gelung all der Fragen bedenten, die durch die Verträge und die Konsolidierung des Friedens aufgeworfen wurden.

In Anbetracht, daß es eine unbedingte Notwendigkeit ist, daß diese Konsolidierung nicht durch Schwierigkeiten sozialer Art gehindert oder gebremst wird, in Anbetracht, daß die Arbeitsbedingungen und insbesondere die Arbeitszeitregelung dabei nicht beeinträchtigt werden dürfen, und daß die Verlängerung der Arbeitszeit in einem Lande bei dem gegenwärtigen Stand des internationalen Wettbewerbs eine ernste Bedrohung der Arbeitsbedingungen in anderen Ländern darstellt, bittet die Internationale Arbeitskonferenz den Verwaltungsrat, Mittel und Wege zu finden, um die Aufmerksamkeit der Reparationskommission auf die internationalen sozialen Folgen der Durchföhrung des von ihr angenommenen Programms zu lenken.

Es wird von den deutschen Vertretern im Verwaltungsrat wie von der geschickten Behandlung der Entscheidung an allen maßgebenden Stellen abhängen, daß diese das bleibt, als was sie von der Arbeitergruppe der Konferenz gedacht war und nicht ein Mittel wird, Deutschland neue Schwierigkeiten zu bereiten.

Es wäre grundfalsch, annehmen zu wollen, daß sich die ganze Konferenz um diese Dinge und die Beziehungen in Deutschland gedreht hat, und daß die deutschen Delegierten sich während des ganzen Verlaufes der Konferenz gegen Vorwürfe wegen der neueren sozialen Entwicklung in Deutschland zu verteidigen gehabt hätten. Die vorher erwähnte Tagesordnung wurde reichföpfend behandelt. Für die einzelnen Fragen wurden von den kommissionären längere Mitteilungen und Entschlüsse ausgearbeitet. Diese gehen den beteiligten Ländern zu mit dem Ersuchen, auf gesetzlichem Wege dazu Stellung zu nehmen. Geschicht das, dann erst können sich die Arbeiten der Konferenz auswirken.

Zum ersten Male wurde ein Deutscher zum Vorsitzenden einer Hauptkommission gewählt. Geheimrat Dr. Lehmann leitete mit offiziellem anerkannter Sachkenntnis die Arbeiten der Kommission für die Wochensche in den Maschinen und hatte infolgedessen maßgebenden Einfluß auf den Wortlaut des von der Konferenz über diese Frage angenommenen Leberutommens. In zwei anderen Kommissionen waren deutsche Vertreter als Vizepräsidenten tätig — der deutsche Arbeitgebervertreter Vogel in der Arbeitslosigkeitskommission und der christliche Gewerkschaftsvertreter Fromm in der Kommission für die Behandlung ausländischer Arbeiter.

Auch in der Behandlung der deutschen Sprache zeigte sich ein erheblicher Fortschritt. Geschäftssprachenmäßig sind Englisch und Französisch die Amtssprache der Konferenz, und die Delegierten, die sich einer anderen Sprache bedienen, müssen für die Uebersetzung in eine der Amtssprachen selber sorgen. Bisher wurde diese Vorschrift streng eingehalten. Diesmal aber wurden die deutschen Redner in der Konferenz von den amtlichen Dolmetschern genau so überfetzt, wie die englischen und französischen. Deutsche Dolmetscher des Internationalen Arbeitsamtes waren auf-

allen Kommissionen verteilt, um den deutschsprachigen Delegierten fortlaufend den Gang der Debatte zu überlegen. Ebenso war festzustellen, daß fast sämtliche Verhandlungen der Konferenz auch, wenigstens im Auszug, in deutscher Sprache vorliegen.

Im übrigen treten in diesem internationalen Parlament, das aus drei Gruppen — Regierungsvertreter, Arbeitgeber und Arbeitnehmer — zusammengefest ist, nationale Fragen und Gegensätze vor den verschiedenen wirtschaftlichen und sozialen Gegensätzen zwischen den drei Gruppen weit zurück. Die Konferenz ist jedesmal ein sehr hartnäckiger und mit allen parlamentarischen Mitteln der Opposition oder gar der Obstruktion geföhrtet Kampf gewesen zwischen der Arbeitgebergruppe und der Arbeitnehmergruppe, während die Regierungsvertreter die Vermittlerrolle spielen. Es zeigt sich dabei auch, was sonst im Laufe des Jahres und in den einzelnen Ländern kaum in der Erscheinung tritt, daß neben der Arbeiterinternationalen — sozialistisch oder christlich — auch eine selbständige und strenge Disziplin haltende Arbeitgeberinternationalen besteht, deren Vorsitzender der belgische Industrielle Carlier ist. Es gibt kaum eine Abstimmung, bei der nicht die Arbeitgebergruppe streng geschlossen auftritt.

In der Arbeitergruppe ist diese innere Geschlossenheit nicht so markant. Hier treten häufig politische und weltanschauliche Meinungsverschiedenheiten zutage, hervorgerufen durch die Zusammenfassung dieser Gruppe aus Sozialisten, christlichen Gewerkschaftsvertretern und neuerdings einem italienischen Faschisten. Das Mandat dieses letzteren wurde in diesem Jahre wie im Vorjahre von der Arbeitergruppe heftig angegriffen, von der Konferenz jedoch für gültig erklärt. Mit der Anwesenheit christlicher Gewerkschaftsvertreter als Delegierte der Arbeiterchaft ihres Landes hat sich die die Mehrheit der Arbeitgebergruppe bildende sozialistische Amerikaner Gewerkschaftsinternationalen jetzt abgefunden, während sie diesen in früheren Tagen wiederholt Schmierigkeiten in den Weg gelegt hatte. Diesmal waren z. B. zwei christliche Gewerkschaftler — Kromm (Deutschland) und Pauwels (Belgien) — Vizepräsidenten in zwei Kommissionen und Pauwels außerdem Berichterstatter seiner Kommission.

Wie kann der Wohnungsbau gefördert werden?

Die Wohnungsnot wächst. Alle guten Reden helfen nichts dagegen. Die Wohnungsbauer hatten die einzige gute Eigenschaft, der herandröhnenden ungeheuren Wohnungsnot sozusagen im Kückzuggefecht durch unzulängliche Mittel zu begegnen. Durchgreifen konnten sie nicht helfen. Das Redel schreitet also fort. Es untergräbt Zitte und nicht selten jede Lebensfreude. Es hört den Frieden. Es wiegelt zum Aufruhr auf. Denn die Wohnungsnot in den ärgeren Zügen verspürt doch nur denjenigen, der nichts weiter sein Vermögen nennt als seine körperliche oder geistige Arbeitskraft. Wer Wohnungsnot erleben will, der besuche einmal die dürftigen Proletariatsquartiere unserer Großstädte, wo

eine Stube mit wassigen Wänden und einer dürftigen Sofabekleidung nicht selten das Heim für zwei Familien mit mehreren Kindern abgeben muß. Oder man besuche einer der verdröhtigten Mietkasernen in der Berliner Adlerstraße, wo an die 100 Familien zusammengegedröhtet hausen müssen. Wandert man sich da noch, daß unser heranwachsendes Geschlecht körperlich und moralisch auf den Hund kommt und die Kommunisten 62 Eise im neuen Reichstage haben?

Was kann gegen die Wohnungsnot getan werden? Wie bauen wir wieder? Das sind Fragen, die man nicht so einfach lösen kann. Einen gangbaren Weg scheint uns da die Braunschweigische Staatsbank zu weisen. Zur Förderung des Wohnungsbaues richtet sie Depositenbücher ein. Die erste Einzahlung auf ein Wohnungsdepositenbuch muß 200 M. betragen. Spätere Einzahlungen müssen mindestens im Betrage von 10 M. geleistet werden. Wenn 50 v. H. des zum Bau eines Eigenhauses notwendigen Kapitals angeammelt sind, gibt die Bank 50 v. H. des normalen Zinsfußes des Hauses als erstfällige Hypothek auf das Grundstück. Der Bauparier kann sein Guthaben einschließlic der Zinsen jederzeit zurückverlangen, wenn er nicht bauen will.

Dieser Weg könnte in manchen Teilen noch verbessert werden. Es kommt nämlich darauf an, Leute zu finden, die den Mut haben, sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein Eigenheim zu gründen. Der Staat und die Gemeinden sollte sie unterstützen, wenn möglich auch durch die Vergabe von Bauland. Der Deutsche Gewerkschaftsbund besitzt eine eigene Volksbank, die ihr letztes Geschäftsjahr mit einem so guten Erfolge abschloß, daß sie die Spargeber zu dem vollen Goldwerte aufwerten konnte. Neuerdings haben die freien Gewerkschaften diesen Beispielen folgend, sich ebenfalls eine Bank geschaffen. Es wäre wirklich eine Tat, wenn beide Arbeiterbanken den Gedanken der Braunschweigischen Staatsbank aufgreifen würden und den Wohnungsbau ihrer Mitglieder in ähnlicher Weise finanzieren könnten. Selbstverständlich müßte hier Reich und Staat gleichfalls einprägen. Mittel hierfür stehen doch in den Ertragssteuern der Hauszinssteuer zur Verfügung. Wir können nämlich nicht annehmen, daß der Ertrag der gesamten Steuer Eöfollungszwecken dient. Das wäre eine Täuschung derjenigen, die diese Steuer in dem guten Glauben zahlen, daß durch sie tatsächlich auf dem Wohnungsmarkte etwas Durchgreifendes geschieht. Wir hätten erwartet, daß die beteiligten Stellen solchen Verdröhten entgegenzutreten würden, die darin gingen, die ganze Hauszinssteuer wäre nur geschaffen, um die Beantwörter zu befordern in den höheren Gruppen aufzubessern. Nichts dergleichen ist geschehen.

Zur Förderung des Wohnungsbaues müßten die bestehenden Bauproduktionsgenossenschaften der freien Gewerkschaftsrichtungen von den Gemeinden und Ländern in ganz anderer Weise drangezogen werden. Sodann wäre ein Hausbauzwang für alle Personen von einer bestimmten Einkommensgrenze ab zur Durchführung zu bringen. Für die Betroffenen wäre das Eigenheim gewiß kein Schaden, für unser Volk wäre das aber ein großer Gewinn.

Unsere Frauen

Die vorbildliche Gewerkschaftsfrau

August Brust, der am Ostermontag d. J. seine Augen zum ewigen Schlummer schloß, war der Gründer der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Hundertfältige Schwierigkeiten, waren von diesem alten Kämpfer zu überwinden. Hunger und Arbeitslosigkeit mußte er in Kauf nehmen. Er wurde aber nie müdlos.

Wie war es nur möglich, daß Brust, allen Widerwärtigkeiten zum Trotz, den als richtig erkannten Weg ohne Zagen ging? Weil seine Frau ihm treu zur Seite stand, alle Opfer und Entbehrungen bereitwillig auf sich nahm und ihn immer anspornete, nicht von seinem Werke zu lassen. Hätte August Brust eine Frau gehabt, die wegen der Entbehrungen, des fargen Lohnes, der Arbeitslosigkeit, dem vielen Fehlen von der Familie usw. mit ihm dauernd gekant und geschimpft hätte, dann wäre ein zerrüttetes Familienleben die Folge gewesen. Der Mann wäre vernürrt und es wäre ihm dadurch unmöglich gemacht gewesen, sein Werk für die Arbeiterschaft zu schaffen. Frau Brust war es nicht leicht gemacht, die Opfer für unsere Sache zu bringen. Als ihr Mann den Gewerkschaftlichen Bergarbeiter, die erste christliche Gewerkschaft, gründete, waren schon sechs kleine Kinder vorhanden. Was das bedeutet, wenn der Lohn knapp ist, braucht nicht besonders erklärt zu werden. Weil die Grubenherren keine Organisation bilden wollten und Brust trotz der Leitung des Gewerkschaftsvereins, die ihm oblag, noch zur Grube mußte, ist es zu verstehen, daß er die schlechteste Arbeit und geringen Lohn bekam. Darob murrte seine Frau nicht. Und weil die junge Organisation noch kein Geld zur Verfügung hatte, Brust aber zu vielen Besprechungen und Versammlungen mußte, wozu er Geld für Bahnfahrt und für sonstige notwendige Ausgaben benötigte, auch solches für Papier und Porto, verbrauchte er dafür Teile seines knappen Lohnes. Auch darüber murrte seine Frau nicht. Sie schaffte

reispot hat. In ihrem Garten zog sie viel Gemüse, das sie auf den Markt brachte, um so etwas Geld für den Unterhalt der zahlreichen Familie und — für Fahrgeid zu schaffen, damit ihr Mann Sonntags in Versammlungen fahren konnte. Dann ging sie noch zu anderen Familien arbeiten, um auf diese Weise zum Unterhalt ihrer Familie beizutragen. Und wenn wegen dieser großen Opfer ihr Mann sich bedrückt fühlte, dann sprach sie ihm Mut zu und bestärkte ihn, von der Durchführung seiner Aufgabe nicht abzulassen. Jeden Tag mußte ihr Mann nach der Schicht für die junge Organisation die christlichen Arbeiter verrichten, mußte er für den „Bergknappen“ schreiben, Besprechungen und Konferenzen abhalten und war Sonntag für Sonntag draußen in Versammlungen, wo es manchmal sehr hoch herging und Brusts Leben oft bedroht war. Seiner Frau konnte er, wie man zu sagen pflegt, keinen Finger reichen. Trotzdem verzagte sie nicht; sie blieb die treue und immer opferbereite Beggefährtin ihres Mannes.

Eines Tages erkrankten fünf Kinder an Typhus. Sonntags in der Kröhe wurde das eine Kind von seinen Leiden erlöft. Der Schmerz der Eltern war groß. Für diesen Tag hatte Brust drei Versammlungen übernommen. Zu Hause lag sein totes Kind, die anderen lagen auf den Tod krank darnieder — auf der anderen Seite die Versammlungen, zu denen ihm das gewerkschaftliche Pflichtgefühl zog. Da zeigte sich Frau Brust in ihrer ganzen Opfergröße: sie schickte ihren Mann in die Versammlungen, damit diese nicht ohne Redner seien und die junge Organisation nicht geschädigt werden sollte. Und als das achte Kind erwartet wurde, auch da schickte sie ihren Mann in die festgesetzten Versammlungen und machte allein die schwere Stunde durch. Offenbart sich hier nicht edelster Heldensinn? Für wen brachte Frau Brust diese unglaublichen Opfer? Für sich allein oder für zu erwartendes Wohlleben? O nein, sie brachte diese Opfer aus Liebe zu der großen Sache, der ihr Mann mit ganzer Hingabe dienie. Damit hat sie auch für uns die unerhörten Opfer gebracht, hat sie gehungert, gedurbt und so viel gearbeitet, daß man es kaum verstehen kann, wie eine Frau solche Arbeit bei den großen Kinderzahl leisten konnte. Bei all ihrer Ar-

beit dachte sie nie an sich, nur an die junge Organisation, die den Arbeitern und ihren Familien Schutz und Ehre werden sollte.

Arbeitshart und opferreich ist ihr ganzer Lebensweg geblieben. Zwölf Kindern schenkte sie das Leben, von denen der böse Typhus zwei weggraffte und der große Krieg drei blühende Söhne forderte. Und arm ist sie ihr Leben lang geblieben; sie mußte immer mit des Lebens Notdurft kämpfen, da der Beruf ihres Mannes keine irdischen Schätze eintrug. Aber verzagt ist sie nie, fleimütig ist sie in der schwersten Notzeit nicht geworden. Der unergründliche Glaube in die Gerechtigkeit des Lebenswertes ihres Mannes hielt sie aufrecht und spornete sie zu dem unerhörten Opfertode an. Ihr haben wir es zu danken, daß Brust sein Werk durchführen konnte. Und das steht nun stolz da als Schutzwehr der Arbeiterschaft, als Denkmal für den großen Streiter Brust, aber auch als leuchtendes Denkmal des Opfertwillens und der Standhaftigkeit einer Gewerkschaftsfrau, der schlichten und braven Frau Brust.

Ich will! Wer kennt das stolze Wort Mit keiner Wundertat? Wer hat's mit harter Tat erprobt, Wie's Großes wirt und schafft?

Doch dar's kein schwächlich Wollen sein, Das selg am Boden treibt; Im Herzen muß es flammend sein, Wenn's eine Welt befeht.

Ich will! und tausend sprechen's mit — Bei Gott! das Ziel ist wert! Die Blüte, die zum Lichte drängt, Hat uns den Weg gelehrt.

Recht — Wahrheit — freies Menschentum! Klopft, Herz, voll hoher Lust! Kämpf' trotzig-treu, die folgen viel Zum Streite, Heßbenutzt.

Rein, ihr Wölfe! nicht aus! Stolz Kling's und weit durchs Land So woll' auch du und du und du! Wir reichen euch die Hand.

Wilhelm Theisinger.

Mehr Gemeinschaftsmenschen!

Der Zusammenbruch unserer Industrie wird in manchen Tageszeitungen in den schmerzhaftesten Farben gemalt. Muß er kommen? Wenn sich die führenden Kreise nicht bestimmen — ja! Zum Aufbau werden die schmerzhaften Maßnahmen gewisser Arbeitgeberverbände und in erster Linie ihrer Syndikats bestimmt nicht beitragen. Es könnte eher geschehen, wenn man sich dort wieder auf ein normales Maß in der Gewinnberechnung beschränkte, die großen Geschäftsunkosten beschnitt. Vor allem aber ist es nötig, daß das Vertrauen wieder geweckt wird. Nur wenn der Arbeiter wieder Vertrauen zum Prinzipal und zum Staat haben kann, nur wenn er wieder mit Lust und Liebe arbeitet, nur dann kann sich unsere Wirtschaft wieder aufschwüngen.

Glaubt ein Mensch, durch Sklavenarbeit eine hochwertige Auslandskonkurrenz überholen zu können? Glaubt ein Syndikus, auch wenn er zwei Dr. vor seinem Namen hat, durch die Weisheit Vertrauen zu erzwingen? Wenn ein christlicher Herr das Vertrauen einmal verloren hat, kehrt es nicht so rasch wieder.

Auch manche Firmen, die ihrer ganzen Aufmerksamkeit nach auf dem Boden der christlichen Weltanschauung stehen, haben ein großes Schuldkonto. Ist das ein Ehrenmann, der verheiratete Leute in der Weihnachtswoche auf die Straße setzt? Ist das angetan, Vertrauen zu sozialem Verständnis zu wecken? Dieses Getue ist doch nichts anderes als der Ausfluß eines rein materialistisch eingestellten Herrschaftspunktes. Gerade auf solche Herren bezieht sich doch auch der Erlaß der preussischen Bischöfe. Ein überzeugter Christ kann die Maßnahmen einer von Gott und Glauben nichts wissenden Verbandsleitung nicht billigen; noch weniger sollte er sich aber von einem verhärteten, reaktionären Syndikus leiten lassen. Diese Herren in ihrem Wahn, die Gewerkschaften zerbrechen zu können, sind die besten Schrittmacher der Kommunisten. Tatsächlich werden weite Kreise an allem irre gemacht; die entsetzlichen Folgen will ich hier gar nicht aufzählen. Vielleicht denkt einer der Herren in diesem Zusammenhang über Bevölkerungspolitik ein wenig nach.

Einen starken Damm bietet hier die christliche Gewerkschaftsbewegung mit ihrer praktischen Gegenwartsarbeit. Wohin eine Bewegung kommt, die in einem Volkseinkaufsheim lebt, zeigt die freie Gewerkschaftsbewegung. Unsere Mitglieder aber haben eine hohe Aufgabe. Nur durch aufopferungsvolle Mitarbeit jedes einzelnen an seinem Platte wird sie gelöst werden.

Freiburg i. Br.

X.

Auslands-Rundschau

Holland. Ueber den Neuabschluss eines Tarifvertrages für das holländische Buchbindereigewerbe berichtet der Niederländische Christliche Graphische Bund: Der am 1. Januar 1924 abgeschlossene Tarifvertrag sollte nur für ein halbes Jahr gelten, so daß im Juni über die Erneuerung verhandelt werden mußte. Die Arbeitgeber wünschten eine vollständige Veränderung des Vertrages und stellten entsprechende Anträge. Sie verlangten vor allem eine Lohnherabsetzung um 10 Prozent und außerdem die Möglichkeit, Frauen in stärkerem Maße an solchen Arbeiten zu beschäftigen, die bisher von Männern ausgeführt wurden. Da die ersten Verhandlungen zeigten, daß eine Verständigungsmöglichkeit bei den weitgehenden Wünschen der Arbeitgeber nicht zu erzielen war, zogen diese ihre ursprünglichen Anträge zurück. Sie verlangten nunmehr getrennte Tarifverträge für die Buchbinder in reinen Buchbindereien und für solche in Buchdruckereien. Eine weitere Forderung war die Einführung von Ueberstunden ohne besonderen Zuschlag. Sie wurde zurückgezogen. Die Forderungen der Arbeitgeber bezüglich der Lohnherabsetzung, der Verlängerung der Arbeitszeit und der Einstellung von Frauen an Stelle von Männern, wurden ebenfalls zurückgezogen. Der Vertrag wurde daraufhin bis zum 31. Dezember verlängert. Der Spitzenwochenlohn für männliche Arbeiter beträgt nunmehr:

Ortsklasse:	I	II	III	IV	V	VI
Facharbeiter	36,-	35,04	33,60	32,16	30,72	29,28
Hilfsarbeiter	32,-	31,20	29,76	28,32	26,88	15,44

Gulden. Die Arbeitszeit beträgt weiterhin wöchentlich 48 Stunden.

Frankreich. In einem Artikel über Familienlöhne in der französischen Privatindustrie („Rundschau der Arbeit“) schreibt Prof. A. Ricard, daß der Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Leistung“ leicht zur Bevorzugung gewisser Arbeiterkategorien führen kann. Er führt beispielsweise dazu, daß der Familienvater dasselbe Einkommen hat, wie der ledige Mann, der dieselbe Arbeit leistet. Aber das Einkommen, das dem einen genügt, kann für den anderen unzureichend sein, der für Frau und Kinder zu sorgen hat. Diese Ueberlegung führte zu dem System der Familien- oder Soziallöhne, wobei Familienväter gewisse Zulagen zu dem gewöhnlichen Lohn erhalten. Wie sich dieses System in Frankreich entwickelt hat und welche Erfolge es dort zeitigte, legt Prof. Ricard

in dem erwähnten Artikel ausführlich dar. Er behandelt auch die sogenannten Ausgleichsfonds, die die Unternehmer zur Bezahlung der Familienzulagen vielfach eingerichtet haben und die verschiedenen Berechnungsweisen dieser Zulagen. Die Ausgleichskassen zielen nicht nur darauf ab, den Familienvätern das Auskommen mit ihrem Lohn zu erleichtern, sie bezwecken daneben auch die Steigerung der Geburtenhäufigkeit und der Bevölkerungsvermehrung. Manche Klassen gewähren außer den Familienzulagen noch Still- und Aufzuchtprämien.

Spanien. Hier haben der „Nationale Gewerkschaftsbund der christlichen Arbeiter“, der „Bund der Arbeiter der Levante“, die „Freien Gewerkschaften von Bilbao und Valencia“ und einige Gewerkschaften von Palma, Malorka und Saragozza einen „Nationalausschuß der christlichen Arbeiter“ gebildet, der mit der Einberufung eines Kongresses beauftragt ist. Auf diesem Kongresse und den sachungsmäßigen Beratungen, die damit verbunden sein werden, werden die Lage der christlichen Gewerkschaften und die Notwendigkeit der Erneuerung Gegenstand der Beratung sein. Der Kongress wird die Leiter der Bewegung ernennen, die ihre Arbeit dann weniger behindert beginnen können, als das in der Vergangenheit infolge der starken Tendenzen zu regionaler Autonomie, wie sie dem Spanier eigen sind, der Fall war. Unter den gegenwärtigen Umständen ist das umso wichtiger, als die Sozialisten in Spanien wie anderswo das Gewerkschaftsmonopol beanspruchen und zur Bekämpfung der christlichen Organisationen übergehen.

Volkswirtschaft — Sozialpolitik

Die Lebenshaltungskosten. In den letzten Wochen ist die Reichsindexziffer fortwährend gestiegen. Am 9. Juli war sie auf 119 (Freiziden: 100) gestiegen. In der folgenden Woche, am 16. Juli, konnte mit 115 ein schärferer Rückgang verzeichnet werden. Dieser Rückgang wird auf die Verbilligung von Gemüse und Kartoffeln und zum Teil auch der Bekleidung zurückgeführt. Da die Wieten für August keine Erhöhung gegenüber dem Juli finden, kann mit einer weiteren Ermäßigung, zumindest aber mit einer Stabilität der Reichsindexziffer gerechnet werden. Nach den Teuerungszahlen zu urteilen, ist gegenwärtig Stuttgart die teuerste Stadt Deutschlands. Es folgen dann Friedrichshafen, Ludwigshafen, München, Mannheim, Frankfurt a. Main, Bremen, Solingen, Karlsruhe, Heilbronn. Als die billigste Stadt wird Temmu in Pommern bezeichnet.

Berufungsgrenze bei den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten. Bisher war für die Höhe des Streitwertes bei Berufung gegen die Urteile der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte eine Summe in Goldmark noch nicht festgesetzt, vielmehr war ein kompliziertes Indexsystem in Geltung. Endlich ist diesem unerwünschten Zustande durch eine Verordnung der Reichsregierung abgeholfen worden (Reichsgesetzl. I. Nr. 42). Vom 22. Juni 1924 ab beträgt die Berufungsgrenze bei den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten 300 Goldmark. Zugleich bestimmt die Verordnung die Gehaltschöpfungsgrenze, bei der die Zuständigkeit der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte gegeben ist, auf 5000 Goldmark jährliches Einkommen. Bezieht ein Arbeitnehmer mehr, so muß er sich mit seiner Klage an die ordentlichen Gerichte wenden.

Des Reiches Finanzwirtschaft. Die Finanzwirtschaft des Reiches, der Länder und Gemeinden ist heute mehr denn je in den Vordergrund des Interesses gerückt. Vor dem Kriege kümmerte man sich im deutschen Volke nicht sonderlich um Haushaltspläne und öffentliches Finanzwesen. Heute aber haben wir Zeiten einer Inflation größten Stils hinter uns, in denen jeder Einzelne verpörrte, welche große Bedeutung die öffentliche Finanzwirtschaft auch für ihn hat. Denn es war gerade im Laufe des letzten Jahres jedem geläufig geworden, daß das Reich durch ständige Beanspruchung der Notenpresse zur Deckung seines erheblichen Geldbedarfs (Reparationslasten, Aufrüstung usw.) jene Inflation hervorrief, die als Hauptursache für die rasend fortschreitende Geldentwertung angesehen werden muß. Nun hat das Reich endlich wieder einen Goldetat aufstellen können und damit erkennbar gemacht, daß die Finanzwirtschaft in geordnete Bahnen zurückgeleitet wird. Der Reichetat ist umfangreicher als in früheren Jahren, weil die wesentlichen Steuereinnahmen der Länder und der Gemeinden an das Reich übergegangen sind und diese jetzt dafür Zuschüsse aus der Reichskasse bekommen. Der ordentliche Haushalt ist mit 5358 Millionen Goldmark Ausgaben und Einnahmen ausgeglichen. Der außerordentliche Haushalt zeigt ein durch Anleihe zu bedeckendes Defizit von 470 Millionen Mark, das durch die Friedensvertragsausgaben entstanden ist. Der Reichsgebiet ist in der Annahme der Freiheit und Wiedergewinnung des Ruhrgebietes aufgestellt. Mit ihr steht und fällt er. Die jetzt kommenden Gezehe zur Durchführung des Sachverständigen-Gutachtens werden auch Veränderung in den einzelnen Positionen des Goldetats bringen. Die künftigen Etats werden erhebliche Ueberflüsse für Reparationszahlungen bringen müssen, weil aus Haushaltsmitteln nach dem Verlangen des Sachverständigen-Gutachtens im Jahre 1926/27 110 Millionen, im Jahre

1927/28 500 Millionen und vom Jahre 1928/29 ab 1250 Millionen für Reparationen gefordert werden. Die Etatsfrage ist nicht nur Angelegenheit der Ministerien und Behörden, sondern auch jedes einzelnen Deutschen und des ganzen Volkes. Ueberdies leben wir heute in einer Demokratie, und es ist staatsbürgerliche Pflicht eines jeden, sich über solche Dinge zu unterrichten.

Im Deutsche Arbeitsgerichte hat sich der Deutsche Gewerkschaftsbund schon mehrfach bemüht und hat es an Anregungen und Vorschlägen nicht fehlen lassen. Jetzt hat wieder der Reichstagsabgeordnete Otto Thiel einen Antrag eingebracht, der die Reichsregierung ersucht, unverzüglich den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, das die arbeitsrechtliche Rechtsprechung einheitlichen ordentlichen Arbeitsgerichten zuweist. Gleichzeitig haben auch die Deutschnationale Volkspartei und das Zentrum Anträge eingebracht, die in ähnlicher Richtung zielen. — Bekanntlich fordern auch die Richter eine Vereinheitlichung der arbeitsrechtlichen Rechtsprechung und auch der Deutsche Gewerkschaftsbund steht auf dem Boden der Forderung nach Arbeitsgerichten. Da nunmehr auch drei große Parteien, unter ihnen zwei Regierungsparteien, gleichzeitig die Errichtung ordentlicher Arbeitsgerichte fordern, wird die Regierung Anlaß haben, die dringende notwendige Reform des deutschen Prozeßrechts in die Wege zu leiten.

Aus dem Gewerbe

Verlängerung des Apivertrages. In der letzten Nummer der St. wurde berichtet, daß der vom Reichsarbeitsministerium für die Apibetriebe gefällte Schiedsspruch abgelehnt worden ist. Mit der Ablehnung dieses für uns untragbaren Spruches war aber noch nichts Besseres da. Auch auf Arbeitgeberseite hatte man nicht den Wunsch, jetzt einen vertraglosen Zustand eintreten zu lassen. Die Parteien traten deshalb noch einmal in Berlin zusammen und kamen dann schließlich dazu, das gegenwärtige Lohnabkommen bis zum 13. August zu verlängern und gleichzeitig auch den bisherigen Manteltarif um ein Vierteljahr, bis zum 1. Oktober weiter laufen zu lassen. Diese Lösung ist natürlich ein Verlegenheitsprodukt. Verschlechterungen des Arbeitsverhältnisses, wie sie von den Arbeitgebern gewünscht wurden, sind damit zwar abgewehrt worden, aber auch unsere Wünsche wurden nicht befriedigt. Wir sind aber nach wie vor der Meinung, daß Verringerung zugunsten der Arbeitnehmerhaft in Apitaxi getroffen werden müssen. Wenn die Entscheidung darüber im gegenwärtigen Augenblick vertragen wurde, so gilt es für uns um so mehr, zum 1. Oktober gerüstet zu sein.

Buchdrucker- und Buchbinder. Die Lohnverhältnisse in den Buchbinderabteilungen der Buchdruckereien sind leider noch immer nicht einheitlich geregelt. Während in weiten Gebieten der Buchdruckerlohn auch in den Buchbinderabteilungen gezahlt wird, gilt in anderen Betrieben der Apiflohn. Die Bemühungen, einheitlich den Buchdruckerlohn einzuführen, sind immer an dem Widerstand des Deutschen Buchdruckervereins gescheitert. Manche Unannehmlichkeiten sind daraus erwachsen. Es hat Zeiten gegeben, wo besonders der Lohn der Buchbinder- und Arbeiterinnen über dem Anlegerrinnenlohn lag. Die Folge waren Schwierigkeiten bei den Verhandlungen und in den Betrieben. Jetzt liegt seit mehreren Wochen der Lohn unserer Buchbinderkollegen wesentlich unter dem Buchdruckerlohn, meist nur geringfügig über dem Lohn eines Buchdruckerhilfsarbeiters. Dieser Zustand ist auf die Dauer auch nicht zu ertragen. Verhandlungen, die am 23. Juli mit dem Deutschen Buchdruckerverein stattfanden, um diese Ungerechtigkeit auszugleichen, stießen wieder auf eine starke Ablehnung. Die Arbeitgeber hielten an der Verbindung mit dem Apivertrag fest, so daß schließlich die gleiche Regelung wie mit dem Apit getroffen werden mußte. Der Lohn ist verlängert worden bis zum 13. August; der § 4 des Mantelvertrages, der die Lohnspannen regelt, soll in der bisherigen Form bis zum 1. Oktober weiterbestehen bleiben. Von diesem Abbruch gilt das beim Apit Gesagte, die Streitfragen sind um einige Wochen hinausgezögert worden, eine zufriedenstellende Lösung muß aber unbedingt gefunden werden.

Reichstarif für das Lithographie- und Stein-druckgewerbe. Die Urabstimmung der beiden Tarifparteien hat die Annahme des revidierten Reichstarifs ergeben. Der neue Tarif wurde auf ein Jahr abgeschlossen und gilt vom 1. Juni 1924 bis zum 31. Mai 1925. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 8 Stunden. Sie liegt zwischen 7 Uhr morgens und 7 Uhr abends. Je nach den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Betriebes können für Betriebe oder einzelne Betriebsabteilungen vom Arbeitgeber Ueberstunden angeordnet werden. Diese Anordnung von Ueberstunden erstreckt sich auf je eine Stunde täglich, im Höchstfalle auf 5 Stunden für jeden Gehilfen wöchentlich. Solche Ueberstunden dürfen nicht verweigert werden. Sie stellen einen vollständigen Ersatz für die in anderen Gewerben — auch im Buchdruck- und Buchbinder-gewerbe — getroffenen Arbeitszeitabkommen dar. Der Zuschlag für jede dieser Ueberstunden beträgt 20 Prozent zum 48. Teil des Wochenlohnes. Außer diesen sog.

